P-1-292: Aus der Krise zu neuen Ufern!

Antragsteller*innen René Adiyaman, Timo Klöpper

Antragstext

Von Zeile 291 bis 292 einfügen:

Innerhalb des Verbands wollen wir Formate der Vernetzung und des Empowerments von People of Colour erproben.

Inklusion umsetzen

Vor 11 Jahren wurde die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert. Diese schreibt Inklusion als Menschenrecht fest. Inklusion meint dabei ausdrücklich die gleichberechtigte, selbstbestimmte, uneingeschränkte Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie nun gerade behindert werden oder nicht, ob die Ursache die gesellschaftliche Schwerpunktlegung auf körperliche oder geistige Eigenschaften ist, oder eine oder mehrere andere Ursachen dafür verantwortlich sind (Armut, gruppen- oder menschenbezogene Feindlichkeit etc.).

Seitdem ist es die Aufgabe aller Parteien, den Gedanken, dass Behinderung die bloße Hinderung durch Umweltbedingungen meint und keine Eigenschaft einer Person ist, in deutsches Recht zu überführen. Während dies durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und weitere Gesetze an der ein oder anderen Stelle gelungen ist, hat sich das Bild von Behinderung in der Gesellschaft kaum geändert: Mit Behinderung wird nach wie vor ein Defizit in der Person verbunden, das vermeintlich an gesellschaftlicher Teilhabe hindert. Eine Inklusion in die Gesellschaft scheint momentan vorrangig davon abzuhängen, ob dies ohne großen Aufwand möglich und für den Rest der Gesellschaft zumutbar ist. Deshalb gilt für viele behinderte Menschen auch heute noch der klassische Lebenslauf aus Förderschule, Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) inklusive Taschengeld statt Mindestlohn und Wohnen in einer vom "gesellschaftlichen Leben" abgesonderten Wohngemeinschaft. Wo immer dieser Gedankengang noch in der Gesellschaft verankert ist, gehört er zu Gunsten der UN-BRK verdrängt.

Dies kann aber nur mit einem konsequent inklusiven Politikansatz gelingen. Zu unserem Kampf für das gute Leben für alle gehört, dass wir die Transformation unseres Verbands zu einem inklusiven Verband angehen und eine Vorbildfunktion einnehmen.

Deshalb werden wir im nächsten Jahr unsere Strukturen, Regelungen und Handlungsweisen, ausdrücklich auch unseren Wahlkampf betreffend, reflektieren und vorhandene Barrieren beseitigen. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderung ihre Perspektive in den Verband einbringen: Sowohl bei Themen und Strukturdebatten, die die Inklusion betreffen, als auch bei allen anderen Politikfeldern!

Inklusion ist ein Menschenrecht und ein strukturpolitisches Ordnungsprinzip, von dem die Gesellschaft insgesamt profitiert. Packen wir es an!

Begründung
Als Grüne Jugend reflektieren wir selbstkritisch. Bei der Umsetzung des Menschenrechts Inklusion sehen wir bei uns Nachholbedarf. Die erkannten Lücken schließen wir.